

Ressort Berlin aus der Morgenpost vom Sonntag, 20 November 2005

Mit 50.000 Chipkarten gegen die Schwarzarbeit

Von Karsten Hintzmann

Nach den klaren Aussagen im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD zum Thema Schwarzarbeit hofft die Berliner SPD auf einen schnellen und engen Schulterschuß mit der neuen Bundesregierung, um möglichst schon Mitte kommenden Jahres Chipkarten auf Baustellen und im Taxigewerbe einsetzen zu können.

SPD-Fraktionschef Michael Müller und SPD-Bauexperte **Ralf Hillenberg**, die beiden Anti-Schwarzarbeit-Aktivisten in den Reihen der Berliner Sozialdemokraten, haben dem künftigen Bundesarbeitsminister und Vizekanzler Franz Müntefering (SPD) neben dem Chipkarten-Konzept bereits eine schriftliche Gesprächsanfrage übermittelt.

Hillenberg geht davon aus, daß in Berlin zunächst 50 000 Chipkarten benötigt werden. Nach Sichtung mehrerer Angebote von diversen Herstellern wird dieser Posten rund 250 000 Euro kosten. Zwei Millionen Euro würden für die Anschaffung von 1000 Chipkarten-Lesegeräten zu Buche schlagen.

Ungeklärt ist noch, wer die Vor-Ort-Kontrollen auf Baustellen und bei Taxifahrern durchführen soll. Nach Ansicht von Müller und **Hillenberg** könnten diese Aufgabe entweder die Polizei, die Ordnungsämter oder spezielle "Bauüberwacher" übertragen bekommen, die aus dem zentralen Stellenpool rekrutiert werden könnten. Die insgesamt rund 2,5 Millionen Euro für das Pilotprojekt gegen Schwarzarbeit in der Region Berlin-Brandenburg sollen nicht aus den Etats beider Länder, sondern aus dem Bundeshaushalt kommen. **Hillenberg**: "Der bisherige Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement hat für ein ähnliches Pilotprojekt in Mainz, das allerdings nie realisiert wurde, fünf Millionen Euro bewilligt. Aus diesem Topf könnte das Geld kommen."

Der Berliner Wirtschaft gehen durch Schwarzarbeit jährlich 16 Milliarden Euro verloren. Das entspricht 275 000 Arbeitsplätzen. Derzeit sind in der Hauptstadt 300 000 Bauarbeiter auf der Suche nach einem Job.

Die Idee zur Einführung von Chipkarten wird in Berlin seit Monaten kontrovers diskutiert. Neben der SPD unterstützen die oppositionelle CDU, die Fachgemeinschaft Bau und der Bauindustrieverband das Pilotprojekt. Vorbehalte kommen dagegen von der mitregierenden Linkspartei.PDS. Sie befürchtet, daß die Einführung von Chipkarten große und teure bürokratische Folgelasten verursachen könnte und plädiert daher dafür, daß Bauarbeiter und Taxifahrer verpflichtet werden, bei der Arbeit ständig den Personalausweis mitzuführen.